

Buchbesprechungen

Willgerodt, Hans: Die Krisenempfindlichkeit des Internationalen Währungssystems. Duncker & Humblot, Berlin 1981. 97 S. DM 24,—.

Es handelt sich um einen Vortrag, den der Verfasser Anfang 1980 auf einem Kolloquium der Adolf-Weber-Stiftung gehalten hat (45 S.), ergänzt um einen etwas technischeren Anhang über das Thema „Überschuldung und Kreditkrisen“ (21 S.) und eine Zusammenfassung der Aussprache, für die Walter Leisner und der Verfasser verantwortlich zeichnen (23 S.).

Willgerodt beginnt sehr präzise mit einer Reihe wohlüberlegter Definitionen. Eine Währungskrise definiert er nicht, wie es wohl der landläufigen Meinung entspräche, als eine Phase massiver Währungsspekulation, sei sie nun — wie in Paritätensystemen — durch spektakuläre kurzfristige Kapitalbewegungen oder — wie bei flexiblen Wechselkursen — durch dramatische Wechselkurssprünge gekennzeichnet. Statt dessen stellt er auf ökonomische Effizienzkriterien ab: Ist die Konvertierbarkeit eingeschränkt? Steigen die Zahlungskosten und die Währungsrisiken? Wird Inflation oder Deflation importiert?

Krisenempfindlichkeit definiert er als die Wahrscheinlichkeit (genauer: die wahrscheinliche Elastizität), mit der ein Währungssystem auf exogene Störungen krisenhaft reagiert. Er berücksichtigt jedoch auch, daß die Wahrscheinlichkeit exogener Störungen, insbesondere wirtschaftspolitischen Fehlverhaltens, vom Währungssystem abhängt: „Wenn das Währungssystem die wirtschaftlichen und politischen Kosten solcher Akte für die auslösenden Politiker genügend hoch treibt, könnten sie davon abgehalten werden, sie ins Werk zu setzen“ (S. 17).

Wovon hängt die Krisenempfindlichkeit eines Währungssystems ab? Mit dieser Fragestellung hat der Verfasser ein Thema entdeckt, das bislang in der wissenschaftlichen Literatur nicht systematisch behandelt worden ist. Was folgt, ist allerdings auch nicht ein systematischer Vergleich verschiedener Währungssysteme und ihrer Krisenempfindlichkeit — für einen Vortrag wäre dies auch vielleicht kein geeignetes Thema —, sondern der Nachweis, daß das gegenwärtige Währungssystem ohne Krise mit erheblichen Ölpreiserhöhungen, Leistungsbilanzdefiziten und Verschuldungszuwächsen fertig werden kann und daß eine echte Krisengefahr nur von ungezügelter Inflationspolitik ausgeht.

Zu den von Willgerodt widerlegten Krisenlehren gehören zum Beispiel

- die sogenannte „Teufelskreistheorie“,
- die keynesianische Vorstellung, eine Ölpreiserhöhung führe zu „Nachfragemangel“,
- die keynesianisch-merkantilistische Furcht vor beggar-thy-neighbour Zahlungsbilanzpolitik,
- das Gerede über destabilisierende Spekulation,

- die These von den inneren Widersprüchen eines Dollarreservestandards und der zwangsläufigen Instabilität eines Multiwährungsstandards, und
- die Behauptung, die Euromärkte seien instabil.

Echte Gefahren für die Funktionsfähigkeit des gegenwärtigen Währungssystems sieht Willgerodt dagegen in einer inflatorischen Währungspolitik, unter anderem

- in der Anregung, Ölpreiserhöhungen seien mit einer Geldmengenakzeleration zu beantworten, damit die Preise der Nichtölprodukte nicht gesenkt zu werden (nicht langsamer zu steigen?) brauchten;
- in der weiteren Schaffung von Reservemedien mit Annahmewang, zum Beispiel mit Hilfe eines Substitutionskontos;
- in der Ausdehnung von labilen Paritätensystemen, die — wie das Europäische Währungssystem — Inflation international übertragbar machen und damit das Verursacherprinzip außer Kraft setzen.

Während sich der technische Anhang für eine Vertiefung der Argumente eignet, verärgert die nachfolgende Zusammenfassung der Diskussion durch ständige Wiederholungen, vage Leerformeln, Allgemeinplätze und oberflächliche Argumentation. Empfohlen sei deshalb besonders der Vortrag: ein gelungener und verdienstvoller Versuch, einer auf Unkenntnis beruhenden Krisenfurcht mit marktwirtschaftlicher Aufklärung entgegenzutreten und die in dieser ökonomischen Unkenntnis gedeihende inflatorische Politik als die eigentliche Krisengefahr zu entlarven.

R. Vaubel, Kiel

Streißler, Erich und Christian Watrin (Hrsg.): *Zur Theorie marktwirtschaftlicher Ordnungen*. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1980. IV, 523 S. DM 64,—.

Der vorliegende Sammelband umfaßt neben einer Einleitung E. Streißlers — in welcher versucht wird, die Gesamtthematik in einen historischen und gesellschaftsphilosophischen Kontext einzureihen — 21 Einzelbeiträge zu einem wissenschaftlichen Symposium und mehrere kurze Zusammenfassungen, aus denen die Schwerpunkte ersichtlich werden, denen sich die Diskussionen zugewandt haben. Die Autoren untersuchen die theoretischen Grundlagen marktwirtschaftlicher Ordnungen, wobei vier Fragenkreise im Mittelpunkt der Überlegungen stehen:

- die Gestaltungsprinzipien der Marktwirtschaft und ihr Vergleich mit anderen, insbesondere staatlichen Formen der Organisation von Gesellschaft, wobei teilweise an Grundvorstellungen der englischen Gesellschaftstheorie des 18. Jahrhunderts angeknüpft wird;
- die Informationsaspekte und auf deren Grundlage die Kosten marktwirtschaftlicher Ordnung unter Weiterentwicklung einschlägiger Gedankengänge von v. Hayek, Arrow, Coase und Stigler;
- der dynamische Charakter einer Marktwirtschaft, also ihr Entdeckungspotential, ihre Evolutionsfähigkeit und ihre Anpassungsflexibilität;
- die Einkommensverteilung und die sogenannten öffentlichen Distributionaufgaben.

Zunächst beschäftigt sich K. W. Rothschild mit den Allokations-, Produktions- und Verteilungswirkungen einer Marktwirtschaft als Modellvorstel-

lung und betont kritisch die Abweichungen realer Marktwirtschaften von den angenommenen allokativen Optimaleigenschaften anhand der Argumente des „Marktversagens“. Als „vielleicht fundamentalste Kritik an der Marktwirtschaft“ erscheint ihm jedoch die Rückwirkung der Vorherrschaft dieses Wirtschaftssystems auf die gesamtgesellschaftlichen Beziehungen und Verhaltensweisen.

In seiner Kritik des neoklassischen Gleichgewichtsansatzes als Rechtfertigung marktwirtschaftlicher Ordnungen versucht *E. Streißler* zu zeigen, daß das orthodoxe neoklassische Theoriebild zur Erhellung der Funktionsweise wie der Vorteile einer unternehmerischen Marktwirtschaft wenig beizutragen vermag. So sei diese Theorie in ihren zentralen Ansätzen statisch, während der große Vorteil der Marktwirtschaft deren Dynamik sei.

Mit diesen Vorwürfen Streißlers gegen die Neoklassik setzt sich *E. Helmstädter* auseinander. Nach seiner Auffassung läßt sich ein Übermaß an Statik bei der Neoklassik nicht behaupten; überdies bedienten sich auch andere ökonomische Paradigmen dieser Betrachtungsweise.

Die beiden Beiträge von *W. Meyer* und *H. Albert* widmen sich erkenntnistheoretischen Orientierungen des ökonomischen Denkens.

J. Röpke untersucht zurückgreifend auf Einsichten Schumpeters und v. Hayeks auf der Grundlage einer Lorenz und Popper verpflichteten Evolutions- und Erkenntnistheorie klassische Probleme und Ansätze zur Erklärung der Stabilität und Evolution hochkomplexer marktwirtschaftlicher Systeme. Dabei setzt er sich ebenfalls kritisch mit neoklassischen Reduktionsmodellen auseinander.

Positiver als Röpke beurteilt *G. Schwödiauer* in seinem Korreferat neuere Entwicklungen der mikroökonomisch orientierten mathematischen Wirtschaftstheorie. Er warnt vor einem vorzeitigen Analyseverzicht durch suggestive Termini wie „spontane Ordnung“ und „komplexes System“. Im Mittelpunkt seiner Überlegungen stehen soziale Institutionen als elementare Objekte des sozialen Evolutionsvorgangs. Die grundlegende Leistung jeder sozialen Institution für den einzelnen erblickt er in der Reduktion von Unsicherheit über das Verhalten anderer Akteure.

F. E. Münnich wendet sich zunächst den die Marktsignale systematisch verfälschenden externen Effekten zu, ihren Wirkungen und den wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, insbesondere dem Coase-Theorem, der Begründung exklusiver Eigentumsrechte an öffentlichen Gütern und der Schaffung von Dispositionsrechten. Die anschließende Untersuchung von Verhaltensweisen und Motiven der handelnden Wirtschaftseinheiten als wesentliche Voraussetzung für die Ausgestaltung wirtschaftlicher Ordnungen führt zu dem Ergebnis, daß der Altruismus als gezielt eingesetztes Organisationsprinzip in komplexen Gesellschaften praktisch nicht vorkomme, altruistisch motivierte Verhaltensweisen aber Lücken in der gesellschaftlich organisierten Daseinsvorsorge ausfüllen, die wegen fehlender politischer Basis keine politische Anerkennung gefunden haben.

Das Korreferat von *E. Matzner* greift drei von Münnich nicht behandelte Fragen auf: Die Frage nach in der Wirklichkeit zu beobachtenden Organisationsprinzipien, wobei er Münnichs Beschränkung auf Tausch und Transfer für ergänzungsbedürftig hält, die Frage nach der Durchsetzung gesellschaftlicher Organisationsprinzipien in der Geschichte und schließlich das Verhältnis von Eigennutz, Altruismus und Pflichtbewußtsein, zu dem er an-

merkt, daß das marktwirtschaftliche System ohne die beiden letzteren nicht auskommen könne und es eines „Mix“ an Organisationsprinzipien bedürfe.

Während *E. Kaufer* einen ausschnittshaften Überblick über Forschungsergebnisse der empirischen Industrieökonomik gibt, sich also vorwiegend auf das Ergebnis empirischer Untersuchungen beschränkt, stehen in *E. Hoppmanns* Korreferat die drei Problemkreise: Funktion des Wettbewerbs, Wirkungen von Wettbewerbsbeschränkungen und Wettbewerbspolitik im Mittelpunkt der Überlegungen. Ausführlich geht er auf den evolutorischen Charakter des Prozesses der Gleichgewichtsbildung und dessen Verlauf ein, er betont die Nichtvorhersehbarkeit konkreter Marktprozeßereignisse und Evolution als notwendige und hinreichende Bedingung von Fortschritt.

G. Blümles Beitrag ist vornehmlich den Verteilungsaspekten marktwirtschaftlicher Systeme gewidmet und hier vor allem der Diskussion zur Erklärung der Gewinne aus irreduzibler Unsicherheit. Sein Fazit lautet, daß Marktwirtschaft zwar mehr Unsicherheit erzeuge als andere Wirtschaftssysteme, aber auch mehr Unsicherheit verarbeite, daß Eigentum und Gewinn zur individuellen Übernahme und Verarbeitung von Unsicherheit anregen und daß die Wettbewerbswirtschaft aufgrund ihrer Machtreduktion mehr Ungleichheit zulassen könne.

Demgegenüber sieht *H. Abele* in der Aussage, daß eine Marktwirtschaft zwar mehr Unsicherheit produziere, diese jedoch besser verarbeite, die implizite Unterstellung der Geltung des zentralen Grenzwertsatzes, ohne daß die Voraussetzung der stochastischen Unabhängigkeit bewiesen werde. Blümles Schlußfolgerung, die individuelle Unsicherheit in der Marktwirtschaft sei eher größer, die Unsicherheit in der Zentralverwaltungswirtschaft wiege jedoch gesamtwirtschaftlich schwerer, ist nach Abele wegen des Fehlens eines Meßmodells inhaltsleer.

Nach *R. Windischs* Darlegungen zur Spezifik und zu zahlreichen Einzelproblemen staatlicher Eingriffe in marktwirtschaftliche Ordnungen und einer in *E. Wincklers* Korreferat kritisch gewürdigten „neo-klassischen“ Analyse *H. G. Monissens* zum Externalitätenproblem und den dazu vorgelegten alternativen Lösungsvorschlägen wendet sich *Ch. Seidl* der Frage zu, ob das neoklassische Modell im dynamischen Kontext insofern konsistent sei, als es dem Paradigma der Individualentscheidung treu bleibe. Dabei geht er von der von ihm selbst als provokant empfundenen These aus, daß das Modell der Individualentscheidung als Paradigma der ökonomischen Theorie verfehlt und das Modell der Kollektiventscheidung das eigentlich wahre Paradigma der ökonomischen Theorie sei. Seidl geht es um den Nachweis, daß alle bekannten Allokationsmechanismen Kollektiventscheidungsmodelle seien.

Demgegenüber sieht *P. Bernholz* aus der Sicht der ökonomischen Theorie als genereller sozialwissenschaftlicher Theorie zwischen den beiden Entscheidungsmodellen zugrundeliegenden Annahmen keinen Unterschied; auch im Modell der Kollektiventscheidung seien Kollektiventscheidungen Ergebnisse individueller Entscheidungen, so daß es sich um Teile der gleichen, nicht aber um unterschiedliche Paradigmata handle.

D.-Ch. Funks juristischer Beitrag beschäftigt sich ausführlich mit wissenschaftstheoretischen Problemen der Verfassungsauslegung, dem Unvermögen einer auf Individualschutz ausgerichteten Verfassung gegenüber dem Leistungs- und Wirtschaftsstaat der Gegenwart, dem Schutz des einzelnen in

einem Parteien- und Verbändestaat, der Problematik sozialer Grundrechte und dem Problem der Wirtschaftsverfassung.

Im Mittelpunkt der Ausführungen *Ch. Watrins* steht das Verhältnis von Sozialpolitik und Marktwirtschaft. Den Unterschied zwischen dem klassisch-liberalen Rechtsstaat und dem heutigen Sozialstaat sieht er im Bestehen von Zwangsversicherungen für die überwiegende Mehrheit der Bürger. Zum Verhältnis von marktwirtschaftlicher Einkommens- und Vermögensverteilung und sozialer Gerechtigkeit verweist Watrin auf v. Hayeks These der nicht meritokratisch interpretierbaren Bewertung der sich auf Märkten herausbildenden Einkommens- und Vermögenssteuerung und der Inadäquanz der „sozialen Gerechtigkeit“ als Bewertungsmaßstab für die Ergebnisse von Marktprozessen. Unter Ablehnung egalitaristischer Auffassungen plädiert er für die Berücksichtigung sozialer Gerechtigkeit durch Regelsysteme, in denen Gesichtspunkte der Gerechtigkeit und der rechtsstaatlichen Gleichheit zum Tragen kommen.

Hingegen sieht *W. Clement* soziale Korrekturen durch Redistribution dadurch gefährdet, daß schon im Primärergebnis Festlegungen erfolgt sein könnten, die eine Revision nur unzureichend oder mit erheblichem Aufwand ermöglichen. Wenn man anderen Gerechtigkeitsvorstellungen als denen der Grenzproduktivitätstheorie anhängt, komme es zum „big tradeoff“ zwischen Gleichheit und Effizienz. —

Es handelt sich hier alles in allem um ein für den ordnungstheoretisch Interessierten außerordentlich lesenswertes Buch. Gerade die oft kontroverse Behandlung der verschiedenen Sachfragen ist sehr hilfreich, werden doch gerade dadurch Erkenntnisdefizite oft besonders deutlich, die es durch zukünftige Forschung zu beseitigen gilt. Da in der Wirtschaftswissenschaft neuerdings ordnungstheoretischen und ordnungspolitischen Fragestellungen wieder stärker Beachtung geschenkt wird, kann dieser Band hier sehr anregend wirken.

G. Gutmann, Köln

Kaufer, Erich: Industrieökonomik. Eine Einführung in die Wettbewerbstheorie. Verlag Franz Vahlen, München 1980. XXVII, 631 S. DM 78,—.

Mit seiner „Industrieökonomik“ hat Erich Kaufer eine Untersuchung vorgelegt, die ihrer Art nach eher aus der angelsächsischen Literatur bekannt ist, im deutschen Sprachraum jedoch auf jeden Fall als wirtschaftswissenschaftliche „Produktinnovation“ gelten kann. Sie geht in der Differenzierung der Problemstellungen aber auch über das hinaus, was in vergleichbaren angelsächsischen Untersuchungen üblicherweise unter dem Stichwort „Industrial Organisation“ (oder ähnlichen Bezeichnungen) präsentiert wird. Die Grenzen des Wissensgebietes, das mit dem Etikett „Industrieökonomik“ versehen werden kann, sind gegenwärtig noch sehr unbestimmt, und Kaufer möchte die genauere Bestimmung dessen, „was die Industrieökonomik ausmacht, ... bessere noch offen“ lassen. Dagegen ist zweifellos nichts einzuwenden, und es genügt auch, damit die Vokabel „Industrieökonomik“ der interpersonellen Verständigung dienen kann, die mit ihr gemeinte allgemeine Forschungsrichtung festzulegen: im Kern geht es um die Formulierung von Modellen zur Erklärung industrieller Marktprozesse und ihrer Ergebnisse sowie um die empirische Überprüfung der mit Hilfe der Modelle erarbeiteten

Hypothesen. Auf diese Weise wird methodisch ein Bogen von der mikroökonomischen Theorie oder etwa der Organisationstheorie bis zur Wirtschaftsstatistik und Ökonometrie gespannt. Um einen Eindruck vom Inhalt der von Käufer vorgelegten, auch quantitativ „umfassenden“ Industrieökonomik zu geben, seien stellvertretend nur folgende behandelte Themen genannt: Ausmaß und Entwicklung der horizontalen Anbieterkonzentration; Größensparnisse als Bestimmungsfaktor der horizontalen Anbieterkonzentration; innovatorischer Wettbewerb bei Forschung und Entwicklung; Marktprozeß während der Schaffung, Expansion und Ausreifungsphase eines Marktes; optimale Allokation und monopolistische Wohlfahrtseffekte sowie technischer Wandel; Theorie der öffentlichen Regulierung; Trennung von Eigentum und Leitungsmacht; Marktkonzentration, administrierte Preise und Inflation; Unternehmensgröße, Marktstruktur und technischer Wandel.

Sozusagen als gemeinsamen Nenner verwendet Käufer in seiner Industrieökonomik das auf Edward Mason zurückgehende Konzept der — zumindest im zeitlichen Ablauf interdependenten — Beziehungen zwischen Marktstruktur, Marktverhalten und Marktergebnissen. Die Analyse Käufers macht einmal mehr deutlich, daß es sich hierbei um ein brauchbares gedankliches Raster zur Beschreibung von Marktprozessen handelt, vor allem dann, wenn die „Marktstruktur“ als ein für die einzelne Unternehmung zumeist nur kurzfristig gegebener Rahmen, mittelfristig jedoch als durchaus gestaltbarer Sachverhalt behandelt wird. Ob und inwieweit Marktprozesse zugleich Wettbewerbsprozesse sind, ist prinzipiell offen. Insofern ist es richtig, wenn Käufer darauf hinweist, daß „die Bezeichnung ‚Wettbewerbstheorie‘ das Gebiet der ‚Industrial Organisation‘ nicht abdeckt“. Andererseits nennt Käufer seine Industrieökonomik im Untertitel selbst „eine Einführung in die Wettbewerbstheorie“. Dies ist dann verständlich, wenn der Industrieökonomik als Wettbewerbstheorie auch die Aufgabe zugewiesen wird aufzuzeigen, wie innerhalb von Marktprozessen Wettbewerbssituationen in nicht-wettbewerbliche übergehen oder auch in umgekehrter Richtung verlaufen können. Derartige Vorgänge werden in Käufers Buch an verschiedenen Stellen angesprochen, vor allem in der Form, daß nach den Bestimmungsgründen für das Umkippen einer Wettbewerbssituation innerhalb eines Oligopols in eine Situation oligopolistischer Kollusion gefragt wird. Da Wettbewerb nicht nur bei vollständiger Konkurrenz (soweit überhaupt dort) vorkommen kann, wird in der Tendenz eine zu enge Vorstellung von „Wettbewerb“ suggeriert, wenn von „dem wettbewerblichen Handeln Grenzkosten gleich Preis“ gesprochen wird, wie es Käufer gelegentlich tut, obwohl er im übrigen keineswegs einer engen Interpretation für „Wettbewerb“ das Wort redet.

Käufers „Industrieökonomik“ basiert auf einer profunden Kenntnis der einschlägigen Literatur, ist klar geschrieben, anspruchsvoll in der Gedankenführung und insofern nichts für den eiligen Leser — aber den kann die Industrieökonomik auch nicht gebrauchen. Obwohl Käufers Buch so aufgebaut ist, daß es für eine Einführung in die Industrieökonomik zweckmäßig ist, seiner Disposition des Stoffes zu folgen, eignet sich sein Buch wegen der Spannweite der behandelten Einzelfragen auch vorzüglich als Nachschlagewerk für dieses Wissensgebiet. Die von Käufer herangezogene Literatur macht deutlich — zumindest deutlicher als es bislang schon bekannt war —, in welchem großem Umfang der empirische Teil der Industrieökonomik aus amerikanischen Untersuchungen besteht. Vielleicht begünstigt das Erscheinen der „Industrieökonomik“ von Käufer entsprechende Untersuchungen im deutschen Sprachraum. Derartige „externe Effekte“ sind schon deshalb zu

wünschen, weil Käufern Opportunitätskosten während der Abfassung der „Industrieökonomik“ seinen eigenen Angaben zufolge (auch im räumlichen Sinne) hoch lagen.

F.-U. Willeke, Heidelberg

Niesslein, Erwin: Humane Marktwirtschaft. Ökonomische Aspekte der Umweltpolitik. Hochschul-Verlag, Freiburg/Brsg. 1981. 270 S. DM 32,50.

Das Buch von Erwin Niesslein, Professor der Forstwirtschaft an der Universität Freiburg und Leiter des Instituts für Forstpolitik und Raumordnung dieser Universität, hat in der großen umweltpolitischen und ökologischen Literatur einen besonderen Stellenwert durch zwei Merkmale:

- er tritt konsequent für eine Durchsetzung umweltpolitischer Anliegen mit Hilfe des Markt- und des demokratischen Abstimmungsmechanismus ein;
- er untermauert die umweltpolitischen Anliegen durch eine Reihe von Umfragen, die vom Institut für Forstpolitik und Raumordnung unter Mithilfe des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen in Mannheim durchgeführt wurden.

Ausgangspunkt der Überlegungen Niesslein's ist die Erkenntnis, daß eine bessere Umwelt volkswirtschaftliche Kosten verursacht und damit auch Verzicht nötig macht. Dieser Satz kann allerdings verschiedenes bedeuten, je nachdem, ob der Umweltschutz von Rationalisierungsmaßnahmen in den übrigen Teilen der Wirtschaft begleitet wird oder nicht, bzw. ob Vollbeschäftigung herrscht oder unbeschäftigte Arbeitskräfte für den Umweltschutz eingesetzt werden können. Diese Zusammenhänge werden in interessanter Weise anhand eines Kreislaufmodells erörtert (das durch stärkere Berücksichtigung der Kapitalkomponente noch erweitert werden könnte).

Im richtigen Bestreben, die Kostenkomponente des Umweltschutzes zu betonen, geht Niesslein allerdings etwas weit, wenn er betont, daß diese Mehrkosten „durch kein wie immer geartetes umweltpolitisches Instrument vermieden werden können, die verschiedenen Instrumente lediglich eine unterschiedliche Verteilung dieser Kosten“ bewirken (S. 10). Es kommt dabei zu wenig zum Ausdruck, daß der gleiche Umweltschutz u. U. rationell oder unrationell, mit höheren oder mit niedrigen Kosten verwirklicht werden kann. Gerade marktwirtschaftliche Instrumente, die von Niesslein in den Vordergrund gerückt werden, haben wegen ihrer Flexibilität den Vorzug, unnötige Kosten zu vermeiden, die z. B. bei uniformen Umweltschutzauflagen entstehen. Durch die Hervorhebung dieser Tatsache hätte Niesslein sein Anliegen einer Integration von Marktwirtschaft und Umweltschutz noch verstärkt zur Geltung bringen können. So wie von Umweltschutz-Seite verlangt werden muß, daß die Wirtschaft „ökologisiert“ wird, muß auch von Wirtschafts-Seite die Forderung erhoben werden, daß der Umweltschutz möglichst „ökonomisch“ ausgestaltet wird. Es entstehen Kosten, aber es sollen keine unnötigen Kosten entstehen!

Niesslein sieht den Hauptvorteil marktmäßiger Instrumente des Umweltschutzes in der konsequenten Verwirklichung des Verursacherprinzips. Die „soziale Marktwirtschaft“ versagt heute nach seiner Auffassung vor den Umweltanliegen, weil die Umwelt- und Ressourcensicherung keinerlei Niederschlag in den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen gefunden hat. Es müssen aber gewisse Umweltstandards unter Mitwirkung der Bevölkerung bei der Entscheidungsfindung festgelegt werden, um Preise für das

knappe Gut Umwelt entstehen zu lassen. Dabei kann es sein, daß der Marktprozeß mit Hilfe von Abgaben oder Prämien nur simuliert wird oder aber daß er z. B. mit Hilfe von transferierbaren Emissionszertifikaten effektiv ausgebaut wird. In diesem Zusammenhang ist besonders der systematische Überblick über das Instrumentarium der Umweltpolitik hervorzuheben, bei dem alle Instrumente entweder dem Verursacherprinzip oder dem Gemeinlastenprinzip zugeordnet werden. Dem Rezensenten hat sich dieser Überblick für didaktische Zwecke als sehr nützlich erwiesen.

Die Postulate Niessleins zum Umweltschutz beruhen auf der Hypothese, „daß die Bevölkerung bei entsprechend ausreichender Information über die Zusammenhänge zwischen Umweltschutz und Wirtschaft sowie bei Vorliegen einer vertrauenswürdigen Gesamtkonzeption, welche Umweltschutz und Existenzsicherung in ausgewogener Weise berücksichtigt, zur Unterstützung einer Umweltpolitik bereit wäre, die im herkömmlichen Konsum- und Leistungsbereich Verzicht erfordert“ (S. 203). Diese Hypothese wird durch Ergebnisse sowohl einer bundesweiten wie von regionalen Befragungen gestützt, die 1979 und 1980 durchgeführt wurden. Bemerkenswert sind dabei u. a. folgende Ergebnisse.

- „Mehr als 80 % der Bevölkerung sind der Meinung, daß mehr finanzielle Mittel zur Verbesserung der Umwelt eingesetzt werden sollen“ (S. 204). Im Vordergrund stehen dabei die Wasserreinhaltung und die Luftreinhaltung.
- Mehr als 80 % der Befragten wären auch bereit, zur Finanzierung einer besseren Umwelt eine Einschränkung ihrer persönlichen Ausgaben in Kauf zu nehmen. Niesslein hebt hervor, daß selbstverständlich eine solche bei Ausfüllung des Fragebogens gezeigte Bereitschaft nicht gleichgesetzt werden darf einer jederzeit ohne Murren einzulösenden Realisierung. Er weist aber darauf hin, daß auch Steuergesetze auf politischer Ebene von breiten Mehrheiten getragen werden, auch wenn bei der Realisierung selten zustimmende Kommentare zu hören sind. Es kommt also politisch doch auf den in der Umfrage festzustellenden Grundkonsens an.
- Unter den vielen interessanten Detailantworten ist besonders die Feststellung bemerkenswert, daß über 90 % der Befragten für die Verschärfung der Vorschriften zur Erhaltung der Waldflächen (Rodungsverbot) in den städtischen Ballungsräumen eintreten.

Das Buch von Niesslein zeugt insgesamt von einer intensiven Beschäftigung mit dem Umweltschutzgedanken und den Möglichkeiten seiner Realisierung. Es bietet auch wesentliche neue Erkenntnisse. Darüber hinaus ist es aber auch sehr gut für didaktische Zwecke geeignet.

H. C. Binswanger, St. Gallen